

derselben. Wollen wir darum auch nicht davon abgehen, daß mit dem neunten Jahre ungefähr die hinlängliche Befähigung erreicht sei, so werden doch diejenigen Seelsorger schwerlich Tadel verdienen, welche das zehnte oder elfte Lebensjahr herankommen lassen. Eine Verzögerung über das zwölfte Lebensjahr scheint mit der Auffassung der Kirche kaum mehr in Einklang zu bringen zu sein, selbst nicht in den nördlichen Gegenden, wo die Entwicklung langsamer.<sup>1)</sup>

Pflicht bleibt es aber, auch Kindern mit sieben und acht Jahren und noch jüngeren die heilige Communion zu spenden, falls sie in diesem Alter in Todesgefahr kämen und geistig hinlänglich fähig wären. Denn wenn es allerdings der Kirche anheimgestellt ist, die Zeit des Empfanges der heiligen Communion durch Vorschriften zu regeln, und wenn auch bei Kindern diese Vorschriften nicht so strenge angewendet zu werden brauchen, wie bei Erwachsenen, so ist doch für den Fall des Todes auch bei ersteren der Empfang des Viaticums nicht ins Belieben gestellt. Unter diesen Umständen nämlich communicieren auch die Kinder kraft göttlichen, nicht kirchlichen Gebotes. Die Pflicht, beim Sterben die heilige Communion sich reichen zu lassen, besteht, wie früher bemerkt, durch den Willen Gottes unabhängig von kirchlicher Festsetzung für jeden, der geistig und körperlich dazu geeignet ist; von einer weiteren sorgfältigeren Vorbereitung darf unter solchen Verhältnissen abgesehen werden.<sup>2)</sup>

**XII. (Eine Restitutionsfrage.)** Der Besitzer einer großen Schnapsbrennerei klagt sich am Vorabende des Allerheiligentages an, seit der österlichen Beicht durch Entziehung von Brantweinsteuer zuweilen betrogen zu haben. Vom Beichtvater gefragt, wie hoch die vorenthaltene Summe sich wohl belaufe, und ob er schon früher in gleicher Weise gefehlt habe, gibt er grosso modo zur Antwort: „Ich treibe das schon mehrere Jahre, und es handelt sich dann gleich um Tausende von Mark“. Mit dieser Antwort begnügt sich der Beichtvater, und erkundigt sich dann sorgfältig nach der gegenwärtigen Seelenverfassung des Beichtenden. Zu seiner größten Freude kann

<sup>1)</sup> Communitur dicunt doctores, regulariter loquendo pueros non obligari ad communionem ante nonum vel decimum annum, nec differendam eis esse communionem ultra duodecimum. S. Alph. de euch. n. 301. Der heilige Lehrer führt zwar einige Auctoren an, die über das 12. Lebensjahr hinausgehen, billigt dies aber wohl nur unter der Voraussetzung, daß die nöthige Reife mit dem 12. Jahre noch nicht erreicht sei, wie aus der darauffolgenden Bemerkung hervorgeht: Citius possunt obligari pueri, qui ante talem aetatem perspicaciores conspiciuntur. Auch der heilige Franz von Sales stellt die Regel auf, daß die „jeunes filles doivent être communies pour le plus tard à onze ans“ Lettre à l'abbesse du Puits — d'Orbe. — <sup>2)</sup> Ecclesia suo praecepto solum determinat tempus illud accipiendi eucharistiam, quod ex divino praecepto indeterminatum erat. Cum ergo articulus mortis non esset ex divino praecepto indeterminatus, non erat cur ecclesia aliquid quoad ipsum determinaret, sed debuit illum omnino relinquere, prout ex divino praecepto habebatur. Lugo, d. XIII. 87.



er die Ueberzeugung gewinnen, daß letzterer das von ihm begangene Unrecht aufrichtig bereut und sich fest vornimmt, in Zukunft sich keiner Steuerentziehungen mehr schuldig zu machen, obgleich zugleich mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß er seinem guten Entschlusse bald wieder untreu werden und in die gewohnte Sünde zurückfallen wird. An eine Erstattung der vorenthaltenen Beträge will ihn der Beichtvater gar nicht erinnern, weil eine solche Restitutionspflichtigkeit nicht erwiesen und so dem Beichtenden umso weniger aufzuerlegen sei, als er dadurch der Gefahr ausgesetzt werde, die eingeschlagene Richtung zum Guten gleich wieder zu verlassen und damit auch die zum giltigen Empfange der Losprechung nöthige Befähigung wieder zu verlieren. Jener Priester gieng nämlich von der Ansicht aus, die Gesetze, welche gewisse Waren oder Getränke mit Steuern belegen, seien nur Strafgesetze, „*quae subditos non obligant sub peccato ad opus a lege praescriptum, sed tantum ad subeundam sine resistentia poenam a lege taxatam*“.

(Eusebius Amort, theol. moral. tract. 2. n. 5.) Nach ertheilter Losprechung tauchen in ihm Zweifel auf, ob er in Bezug auf den dargelegten Fall auch richtig gehandelt habe. Ein von ihm zurathe gezogener älterer Amtsbruder stellt dieses entschieden in Abrede, indem er behauptet, 1. die an den Pönitenten gestellten Fragen hätten zur Vervollständigung seines Bekenntnisses nicht ausgereicht und 2. hätte derselbe nicht allein zum Abstehen von der bisher ausgeführten Steuerentziehung, sondern auch zur Erstattung der entzogenen Steuern verpflichtet und im Weigerungsfalle ohne Losprechung entlassen werden müssen. Hatte dieser anders Meinende recht?

Antwort. Wir wollen sehen. Wenn der Beichtende, wie aus seinem Bekenntnisse hervorzugehen scheint, überzeugt war, durch die beregten Steuerentziehungen schwer gesündigt zu haben, so mußte er nach der von ihm selbst nicht angegebenen Zahl dieser gesetzwidrigen Handlungen gefragt werden, es sei denn, daß dieselbe — was doch kaum anzunehmen ist — annähernd bereits ausgedrückt wäre in der Antwort: „Ich treibe das schon mehrere Jahre“. Gewöhnlich sind die Beichtenden, zumal wenn sie den geringeren Volksclassen angehören, nicht überzeugt, durch Steuerentziehungen schwer gesündigt zu haben, und darum kann in solchen Fällen die Frage nach der Zahl der Uebertretungen des betreffenden Gesetzes unterbleiben. — Die Frage nach der Höhe der zurückgehaltenen Summe und nach dem Umstande der Rückfälligkeit war sehr gut angebracht; denn auch abgesehen von der Restitutionsfrage, ist es in Bezug auf die Seelenleitung noch längst nicht einerlei, ob es sich um größere oder kleinere Beträge, um vereinzelte oder gewohnheitsmäßige Vorenthaltungen derselben handelt. Nach Gury können, wenn sie keine Besserung versprechen, diejenigen nicht absolviert werden, *qui per fas et nefas defraudationem veluti commercium quoddam exercent, atque animo resistendi etiam armati die noc-*



tuque vagantur; hujusmodi enim homines fiunt cives rebelles et societati perniciosissimi. Nec indulgendum est iis, qui, licet nunquam resistant nec animum resistendi habeant, omni tamen studio et opera in artem defraudandi incumbunt eamque veluti vitae professionem habent; hi enim saltem animae periculis haud raro exponuntur“. (Tom. I. n. 738). Mit Recht fügt Vallerini in einer Note hinzu: „Potiusquam animae, ingens utique fortunarum periculum isti subeunt; nam et mercium amissio et superadditae mulctae irrogatio, quoties deprehendantur in fraude, potest eos et cum ipsis etiam familiam ad extremam egestatem adducere“. So lese ich gerade jetzt in einer Zeitung, daß ein Brantweinbrenner zu einer Geldstrafe von 5960 M., dem vierfachen Betrage der defraudierten Steuer, und zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurtheilt wurde. — Eine Frage, die der Beichtvater nicht unterlassen durfte, ist die, ob die stattgefundenen Steuerentziehungen im Einverständnisse mit den beaufsichtigenden Beamten ausgeführt worden seien; denn „certe hi (fraudatores) tenentur restituere fisco, si ex pacto expresso vel tacito cum exactoribus solutionem justī tributi evitaverint“ (Marc. theol. moral. II. n. 968), „quia medio injusto impediverunt fiscum, quominus justum tributum obtineat“ (Aertnys, theol. moral. I. n. 378). Wird aber diese Frage im verneinenden Sinne beantwortet, so genügt es, daß der Beichtvater seine Aufmerksamkeit und Sorgfalt der inneren Disposition des Pönitenten zuwende, ohne die Erstattung des quantum negatum von ihm zu fordern. Dringt er nun ferner in Bezug auf die in Betracht gezogenen Defraudationen auf Reue und Vorfaß, die nicht allein auf Uebertretung, sondern auch auf das moralische Unrecht, auf die Schuld derselben hindeuten und sie voraussetzen, so widerspricht das dem Begriffe des bloßen Strafgesetzes. Und in der That wird man, wie Sayrus betont, wohl zugeben müssen, „tributa et vectigalia justa non deberi ex sola virtute legis humanae aut impositione poenae, sed etiam ex jure naturali et divino, quo tenentur cives communes Reipublicae necessitates ex bonis suis levare; lex autem humana solum assignat quantitatem gabellae et modum solvendi illam . . .“ (Clavis regia lib. 9. cap. 16. n. 32). Wenn aber derselbe Moralist noch weiter behauptet: „Et consequenter (defraudans ejusmodi tributa) ad restitutionem obligatur, sicut in aliis furtis, nec poterit, qui ista fraudavit, nisi illa restituerit, absolvi, quum non dimittatur, peccatum, nisi restituatur ablatum“ (ibid.), so läßt sich erwidern: „Peccant fraudantes tributa, sed non tenentur ad restitutionem. Ratio est, quia subditi tenentur quidem leges servare et tributa solvere, sed non secus ac ipse princeps tenetur recte gubernare, videlicet ex sola justitia legali, a cujus laesione non oritur restitutionis obligatio“. (Marc. theol. moral. I. n. 967) „Hac enim tenentur membra procurare bonum commune Rei-



publicae, etiam, quum opus est, bona sua privata contribuendo. Atqui ex hujus violatione non aufertur Reipublicae aliquid jam suum, seu quod ipsi jam appropriatum erat, sed solum negatur (omittitur), quod ei erat praestandum, et quidem pro solo necessitatis casu. Constat autem non esse restituendum, quod alicui non absolute, sed pro solo casu necessitatis debetur. Ergo ex violatione illius justitiae legalis nulla est obligatio restitutionis per se, nisi similiter quandoque per accidens, si simul violaretur justitia commutativa, ut si quis ex officio vel pacto obligatus procurare bonum commune, (id) negligat, ut Magistratus, milites, vigiles etc. sic tenebuntur utique damna secuta Reipublicae compensare.“ (Sporer, de justitia et restitutione in communi, cap. 2. n. 20, vgl. auch Aertnys, theol. moral. I. n. 303.)

Obgleich das Verfahren des Beichtvaters hinsichtlich der Reue und des Vorsatzes mit seiner Meinung, das übertretene Gesetz verpflichte unter einer theologischen Schuld bloß zur Erstehung der bestimmten Strafe, si exigatur, nicht in Einklang gebracht werden kann, so ist doch diese Meinung noch längst nicht als unhaltbar und verwerflich zu bezeichnen. Nach Ballerini „licet . . . statuere atque affirmare, cum vera saltem probabilitate, quod leges vectigalium seu gabellarum, saltem nostris temporibus, sint solum poenales. Sane advertantur haec. 1° Non defuere doctores, qui leges istas de tributis haberent tamquam leges ut plurimum poenales . . . — 2° S. Alphonsus quoque lib. 4. n. 616., relata hac sententia, . . . eam diserte non improbat, imo ait inniti rationibus non contemnendis, quamvis ipse contrariam sententiam semper suaserit. Hom. Apost. tract. 10. n. 81. — 3° Praxis est satis communis, ut homines in hoc negotio nunc se gerant non secus ac si lex esset tantum poenalis. Generatim nemo se putat teneri solvere tributa (indirecta), nisi quatenus nequit se subducere a vigilante cura eorum, quibus incumbit ea exigere. Certiores autem homines sunt, quod, non obstantibus fraudibus, Status non laeditur, qui inde potius emolumentum capit, tum quia propter praevisas fraudes auget gabellas, tum quia novit se indemnem servare per emendas inflictas iis, quos comprehendit. — Haec ergo postrema sententia non videtur improbanda. Secundum hanc sententiam etiam qui fraudibus uteretur, quamvis ex alio capite peccare posset, non peccaret contra legem, quae illum obligat ad subeundam poenam, si deprehendatur. Quocirca si qui sint, qui putant leges istas esse solum poenales, et ii sint in bona fide, non est, cur ab ea deturbentur.“ (Opus theol. morale [ed. I.] vol. I. pag. 320—321.) Von solchen und ähnlichen Erwägungen ausgehend, „monent Sylvester et alii apud Laymann (lib. 3. tract. 3. p. 1. cap. 3. n. 5) defraudatorem tributi et vectigalis, maxime noviter impositi, in confessionali non esse facile condemnandum gravis pec-



cati vel ad restitutionem obligandum, uti nec ad poenam subeundam ante iudicis sententiam“. (Babenstuber, cursus theol. moral. tract. 3. disp. 2. art. 1. n. 7.) Auch de Lugo und Molina ertheilen die verständige Weisung, man sollte allerdings die Leute anhalten, die ihnen rechtmäßig auferlegten Steuern zu zahlen, aber nach bereits geschehener Entziehung von solchen sie nicht zwingen, die entzogenen Beträge zu erstatten, wenn sie, auf triftige Gründe gestützt („*probabiliter*“), sich überreden, bei einer so großen Menge von Abgaben manches zuviel zahlen zu müssen oder durch die nicht vorenthaltenen Beträge schon auf eine ihrer Leistungsfähigkeit angemessene Weise zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse beigetragen zu haben. „*Haec observatio, fährt Mertins fort, apprime convenit tributis hodiernis. — Hodiedum Gubernia nostra liberalia in dies majora tributa exigunt ad ingentes exercitus sustentandos, ad profusa salaria constituenda officialibus immerentibus vel superfluis; deinde pecuniam publicam non raro prodigunt in causas inutiles, quin et nocuas v. g. in theatra, aedificia luxuriosa; praeterea solent justitiam violare in distributione subsidiorum, praesertim respectu Catholicorum, qui suas Institutiones propriis expensis sustinere, et adversariorum Institutiones, scholas praesertim, tributis adjuvare coguntur. (Holland, Belgien, Frankreich u. s. w.) Inde multa sunt tributa injusta.*“ (Tom. I. n. 377 et 378.) In Anbetracht ähnlicher Zustände und Thatfachen bemerkte schon Babenstuber: „*Justum est igitur, inquit Sayrus, ut illi (Magistratus et Principes) a grege lac, hoc est, tributum aliquod sumant. Ego lanam quoque concedo, pellem vero minime. Quamvis enim tondere liceat quandoque subditos, nunquam tamen licet deglubere.*“ (Ubi supra.)

Vorstehende Erörterungen dürften in Bezug auf die Praxis zur Beurtheilung und Lösung des vorgelegten Falles und vieler ähnlicher Fälle genügen. Das Ergebnis lässt sich in folgendem Satze zusammenfassen: Obschon jener Priester im Fragestellen zu sparsam war und hinsichtlich der von ihm geforderten inneren Disposition den Mangel an logischer Folgerichtigkeit übersehen zu haben scheint (vielleicht wollte er trotz der ihm bewußten Unfolgerichtigkeit einfach zur Befolgung dessen, was sicherer und besser ist, anleiten, oder die Ueberzeugung seines Pönitenten berücksichtigen), so beobachtete er doch in allem Uebrigen ein Verfahren, das an und für sich den wohlüberlegtesten Entscheidungen bewährter Moralisten und den Regeln der priesterlichen Klugheit entspricht.

Ehrenbreitstein.

Bernard Deppe, Rector.

**XIII. (Heiligenbilder und Censur.)** I. Casus. Der Verleger Josef hat seither nur Bücher verlegt und als guter Katholik sich Kenntniss seiner diesbezüglichen Pflichten aus der Constitution